



Wetter aktuell:
Regen 18°C

BERLIN

POLITIK

WIRTSCHAFT

VERMISCHTES

KULTUR

Politik

CHINA

Geheime Warnung vor feindlichen Mächten



Foto: dpa

von Bernhard Bartsch

Peking - Über die größten Probleme spricht man am besten im kleinsten Kreis: In der eleganten Liebermann-Villa am Wannsee speisten Bundeskanzlerin Angela Merkel und der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao gestern Abend, begleitet nur von einer Handvoll enger

Die chinesische Ehrengarde bei dem Besuch des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler.

Interne Dokumente der Kommunistischen Partei zeigen, wie sehr die Regierung in Peking die Ausbreitung westlicher Ideen fürcht



Vertrauter.

Themen, bei denen offene Worte nottun, gibt es reichlich, von den Menschenrechten über Wirtschaftsstreitigkeiten bis hin zur Reform des globalen Finanzsystems.

Lesen Sie dazu auch:

- [Brisante Papiere: Chinas Angst vor dem Westen](#)
- [Führungsstil: Parteispitze agiert im Verborgenen](#)
- [Kommentar: Menschenrechte spielen Nebenrolle](#)

China sieht sich von „feindlichen Kräften bedroht“

Doch wie offen Wen mit Merkel über Chinas Positionen und Pläne reden kann, ist fraglich. Denn auch in Peking werden die wichtigsten Fragen nur im innersten Führungszirkel diskutiert, und viele der dort vertretenen Ansichten sind keineswegs für die Öffentlichkeit bestimmt.

So etwa der Inhalt des Kommuniqués, welches das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei am 5. März verschickte: „Feindliche Kräfte in- und außerhalb Chinas versuchen, uns zu Veränderungen zu drängen“, heißt es darin. „Sie versuchen mit allen Mitteln, unsere Entwicklung zu behindern, unserem Image zu schaden und unsere Ideologie und Kultur zu infiltrieren.

Sie wollen uns drängen, westliche Werte und das westliche politische System zu akzeptieren.“ Chinas Feinde würden „immer stärker, immer professioneller, immer brutaler, immer besser organisiert und technisch immer versierter“, warnt die Führung weiter und fordert den Kampf gegen negative Einflüsse auf allen Ebenen zu verstärken, „um die Machtbasis der Partei zu sichern“.

Kampagne bis Jahresende

Es folgen mehrere Seiten voller detaillierter Anweisungen, die mit dem Vermerk „Geheim“ an die 7 300 wichtigsten Kader des Landes verschickt wurden. Auf jedes Exemplar waren Seriennummern und Strichcodes gedruckt, um die Empfänger persönlich für die Geheimhaltung haftbar machen zu können. Auf den Verrat von Staatsgeheimnissen steht im schlimmsten Fall die Todesstrafe.

Aber nun wird der Inhalt des Geheimpapiers doch bekannt. Zwei ausländische Journalisten, der Korrespondent dieser Zeitung und ein Kollege der dänischen „Information“, erhielten Einblick in eine Reihe von internen Dokumenten mit brisanten Informationen. Sie zeigen, wie sehr die Parteispitze die Ausbreitung vermeintlich „westlicher“ Ideen wie Demokratie, Menschenrechte oder Meinungsfreiheit fürchtet, und mit welchen Methoden sie den Staatsapparat zu einem Bollwerk gegen Kritiker und Andersdenkende auszubauen versucht.

„Die Ausbreitung von gefährlichen Informationen oder illegalen politischen Veröffentlichungen zu verhindern, ist unsere wichtigste Aufgabe“, mahnt die Parteispitze.

Staatliche Macht über alle Informationskanäle

Die Öffentlichkeit soll davon möglichst nichts mitbekommen, denn gleichzeitig verbreitet die Führung ausführliche Instruktionen, um im In- und Ausland das Bild eines freiheitlichen und rechtsstaatlich agierenden Systems zu vermitteln.

„Chinas Image muss für friedliche Entwicklung, Fortschritte in Sachen Demokratie und eine offene Gesellschaft stehen“, heißt es in einer Ende Januar verschickten Direktive mit dem Titel „Schwerpunkte der

Propagandaarbeit 2011“. Es müsse gezeigt werden, dass die Politik der Partei stets den Interessen des Volkes diene und Chinas Entwicklungsstadium angemessen sei.

Das derzeit wichtigste Anliegen der Partei ist demnach die Aufrechterhaltung ihres Informationsmonopols. „Alle illegalen und gefährlichen Informationen von chinesischen und ausländischen Webseiten müssen vollständig blockiert und gelöscht werden“, heißt es in einem Papier aus dem Propagandaministerium.

„Die Überwachungsmethoden müssen verbessert und alle illegalen Verbreitungsmöglichkeiten rechtzeitig erkannt werden.“

In einer landesweiten Kampagne sollen bis Ende des Jahres alle Verlage, Redaktionen, Druckereien und Internetbetreiber überprüft und ihre Mitarbeiter für heikle Inhalte sensibilisiert werden.

Schnell anklagen und ausschalten

Selbst in Online-Shops soll kontrolliert werden, ob zwischen den Angeboten illegale Texte oder Bilder versteckt sind. Zollbeamte müssen verstärkt nach verbotenen Büchern und Zeitschriften suchen. „Als gefährliche Informationen oder illegale politische Veröffentlichungen gelten alle Inhalte, die aggressive Information über die Kommunistische Partei, die Parteiführung, das sozialistische System, unsere Gesetze oder Medien verbreiten oder ein anderes politisches System unterstützen“, lautet die offizielle Definition.

Als „besonders gefährlich“ werden Informationen über Ämterbesetzungen und „Gerüchte über interne Kämpfe in der Partei“ eingestuft, ebenso „Ideen zu Reformen des politischen Systems“. Verboten sei es außerdem, die „chinesische Revolutionsgeschichte falsch darzustellen, separatistisches Gedankengut zu verbreiten, Spannungen zwischen ethnischen Gruppen zu schüren, religiösen Extremismus zu betreiben, gesellschaftliche Konflikte

anzustacheln oder zu Massenereignissen anzustiften“.

Für überführte Verbrecher gelte in allen Fällen die Devise: „Schnell anklagen, schnell verurteilen und schnell ausschalten, um mögliche Nachahmer abzuschrecken und die Zustimmung des Volkes zu gewinnen.“

„Wie werde ich ein moralischer Mensch

Denn die Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist die zweite große Aufgabe, vor der die Partei sich sieht. Das Zentralkomitee gibt detaillierte Instruktionen, wie die chinesische Bevölkerung auf Linie gebracht werden soll. Auf allen Kanälen, von klassischen Medien über das Internet bis zum Handy, sollen politisch korrekte Fakten über Chinas Geschichte und Gegenwart verbreitet werden, etwa in Form von Filmen, Fernsehgalas oder Ratespielen.

Staatliche und private Einrichtungen sind angehalten, Vorträge und Diskussionsveranstaltungen abzuhalten, das Singen von Parteiliedern zu fördern oder Wettbewerbe im Schreiben von patriotischen Aufsätzen zu veranstalten. Ein Themenvorschlag lautete etwa: „Wie werde ich ein moralischer Mensch“.

Die ideologische Bildung soll nicht nur bei der Arbeit, sondern auch in der Freizeit gefördert werden, etwa durch sogenannte Rote Reisen an die Orte der Revolution. „Das ist etwas, das den Menschen Freude bereitet“, schreibt die Parteiführung. Der Aufbau patriotischer Ausbildungsorte müsse auf allen Ebenen gefördert und das Konzept der „Roten Reisen“ als Marke etabliert werden.

Größte Gefahr: Studenten

Wichtiger Bestandteil der Propagandaarbeit sind auch Jubiläen und

Jahrestage, etwa die dritte Wiederkehr des Erdbebens von Sichuan, bei dem 2008 rund 70 000 Menschen starben. „Der Wiederaufbau muss als Chance benutzt werden, um die besonderen Vorteile des Sozialismus mit chinesischen Eigenschaften bekannt zu machen“, versuchte Peking das Beben nun für seine Selbstdarstellung einzuspannen.

Ähnlich wurde das 60-jährige Jubiläum der „friedlichen Befreiung Tibets“ am 23. Mai instrumentalisiert, um die „Solidarität der Ethnien“, den „großartigen Erfolg der landesweiten Religionspolitik der Partei“ und die „überragenden wirtschaftlichen Veränderungen“ in Tibet in den vergangenen 60 Jahren zu zeigen.

Besonders im Fokus sind Chinas Studenten. Von ihnen geht nach Ansicht der Führung die größte Gefahr von Angriffen auf ihre Autorität aus. Deshalb sollen die Überwachung von Vorlesungen, Diskussionsveranstaltungen und Internetforen verstärkt und die „ideologische und politische Ausbildung“ intensiviert werden.

„Die Ausbildung in ideologischem und politischem Gedankengut hat höchste Priorität und soll das ganze Universitätsstudium begleiten“, heißt es in einem Papier von Dezember. Studenten sollten „Revolutionsbildung annehmen und die aktuelle chinesische Situation in der Praxis kennenlernen“.

Propaganda soll Volk auf Linie bringen

Die Dokumente bestätigen Aussagen über die Richtung der Trends, die chinesischen Regimekritiker und internationale Beobachter seit Langem beschreiben: Einerseits nehmen die Zensur von Medien und Internet sowie die Repressalien gegen Andersdenkende stetig zu, andererseits soll die umfassendste Propagandakampagne seit Jahren das Volk auf Linie bringen.

„Dies zeigt, dass China keineswegs auf dem Weg ist, eine freiere Gesellschaft zu werden, wie manche westliche Regierungen gerne glauben wollen“, sagt

Jean-Philippe Béja, Chinaexperte am Zentrum für Internationale Studien in Paris, einer von mehreren Fachleuten, mit denen diese Zeitung über den Inhalt der Dokumente sprach. „Eher ist das Gegenteil der Fall.“

David Bandurski, Experte für chinesische Medien an der Hong Kong University, sieht in den Interna einen weiteren Beweis dafür, dass in Peking derzeit nicht mehr die Reformer, sondern die Hardliner das Sagen haben: „Die Kluft zwischen der Realität und dem Image, das die Partei gerne vermitteln will, wird immer größer.“ Das Bild, das Regierungschef Wen Jiabao im Gespräch mit seiner deutschen Amtskollegin darstellen will, ist sicher ein anderes.

Wirtschaftlich stark und politisch immer wichtiger

Die Volksrepublik China, das mit 1,34 Milliarden Einwohnern bevölkerungsreichste Land der Welt, hat in den vergangenen Jahren international an Bedeutung gewonnen. Das liegt nicht zuletzt an der wirtschaftlichen Stärke: Im vergangenen Sommer löste China Japan als zweitgrößte Wirtschaftsnation der Welt ab (Bruttoinlandsprodukt 2010: rund 5.880 Milliarden US-Dollar), bereits vor zwei Jahren hat Deutschland den Titel des Exportweltmeisters ans „Reich der Mitte“ verloren.

Der wichtigste Handelspartner Chinas ist mit deutlichem Abstand die EU. Die 27 Ländern kauften vergangenes Jahr chinesische Waren im Wert von 282 Milliarden Euro – deutlich mehr (plus 18,9 Prozent) als 2009. Deutschland lässt sich von keinem anderen Land mehr Waren liefern. 2010 waren es Produkte – vor allem Elektronik und Textilien – für 76,5 Milliarden Euro; Deutschland lieferte vorrangig Maschinen, Fahrzeuge und Chemie – im Wert von 53,6 Milliarden Euro.

Der Aufschwung erreicht vor allem die Menschen in den Städten,

konstatiert das Auswärtige Amt. Vielen von ihnen gehe es heute besser als früher. Auf dem Land aber lebten Millionen Chinesen unterhalb der Armutsgrenze in prekären Umständen. Viele von ihnen ziehen als Wanderarbeiter durchs Land.

Bis zu 5.500 Regimekritiker sitzen nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen aus politischen Gründen hinter Gittern.

Berliner Zeitung, 28.06.2011